

Zeitschrift: Region St.Gallen : das St. Galler Jahrbuch
Band: - (1995)

Rubrik: Wasser erneut massiv teuer

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wasser erneut massiv teuer

Bereits zum drittenmal innert vier Jahren hat die Stadtreinigung den Wassertarif um über 20 Prozent erhöht. Nach den Aufschlägen im November 1990 (plus 25 Prozent) und im April 1992 (plus 24,9 Prozent) verteuerte sich das köstliche Nass im Oktober 1994 erneut um satte 21,7 Prozent. Der Aufschlag wurde mit hohen Unterhalts- und Investitionskosten, aber auch mit dem rückläufigen Wasserverbrauch begründet. Der Preisüberwacher und verschiedene Gemeindeparlamentarier hatten sich für eine massvollere Tarifierhöhung ausgesprochen.

Mit der klaren Zustimmung zum Wasserwerk Frasnacht (vgl. Jahrbuch "St.Gallen '94") hatten sich Bürgerinnen und Bürger im März 1993 nicht nur für eine auf Jahrzehnte hinaus gesicherte Wasserversorgung, sondern auch für kontinuierlich steigende Tarife infolge der zu tätigen Investitionen ausgesprochen. Bereits im Januar 1994 kündigten Stadtrat Franz Hagmann und Vertreter der Stadtwerke den neuesten Preisaufschlag von 21,7 Prozent an. Als wesentliche Gründe für diesen Schritt wurden die Unterhalts- und Erneuerungskosten für die bestehenden Anlagen (Verteilernetz, Wasserwerk Rietli) und die Aufstockung der Baureserven für das Seewasserwerk Frasnacht genannt. Daneben aber schlägt auch der vielgepriesene Rückgang der Verbrauchszahlen negativ zu Buche.

Preisüberwacher fordert reduzierte Anhebung

Bereits im September 1993 hatten die Stadtwerke die geplante Tarifrevision dem Preisüberwacher vorgelegt. Dieser kam in der Folge zum Schluss, dass die Reservebildung von einer Million Franken pro Jahr, welche die Kunden zusätzlich zu den Aufwendungen für die bestehenden Installationen an das zweite Seewasserwerk zu bezahlen haben, erst künftigen Konsumenten zugute komme. Normalerweise aber würden Investitionen im nachhinein mittels langfristiger Amortisationen finanziert. Auch habe die Stadt infolge der Erhöhungen von 1990 und 1992 um jeweils rund 25 Prozent bereits ein hohes Preisniveau erreicht. Ferner betrachtete der Preisüberwacher die Zinsen, welche die Wasserversorgung der Stadt zu entrichten habe, als überhöht.

Statt der 6,2 respektive 6,0 Prozent erschien ihm ein Zinssatz von 4,5 Prozent realistischer. Dieser Zins würde wesentliche Einsparungen erlauben, hiess es. Angesichts dieser Einwände empfahl der Preisüberwacher, die vorgesehene Erhöhung sei auf 11,2 Prozent oder rund die Hälfte zu reduzieren.

Staffelung statt grosser Tarifsprung

In seiner Reaktion auf die vorgebrachten Einwände hob der Stadtrat hervor, dass die bestehenden Anlagen weitgehend überaltert und abgeschrieben seien. Durch die Aufstockung einer Baureserve trage man dem Umstand Rechnung, dass die Abschreibungen jeweils auf dem Anschaffungs- und nicht auf dem Wiederbeschaffungswert basieren. Die alljährlichen Einlagen sollen zur Vorfinanzierung einer absehbaren Grossinvestition dienen, welche die dringend notwendige Verbesserung der Versorgungssicherheit bringen wird. Die dadurch bewirkte zeitliche Staffelung der Tarifierhöhung wird einem einmaligen, dafür umso grösseren Tarifsprung vorgezogen.

Auch die Kritik an der Verzinsung des von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Kapitals liess der Stadtrat nicht gelten. Der Zinssatz hinke dem aktuellen Zinssatz naturgemäss hinterher, weil die Fremdgeldaufnahme zeitlich gestaffelt erfolgte. Wenn der verrechnete Satz über dem gegenwärtigen Marktzins liege, so sei das zu Zeiten steigender Zinsen gerade umgekehrt gewesen, hiess es.

Gemeinderat stimmt Erhöhung zu

Dieser Argumentation folgte schliesslich auch der Grosse Gemeinderat. Auf Antrag der von Peter Beglinger (AP) präsierten Werkkommission hiess er die Tarifierhöhung am 22. März im vollen Umfang gut und wies anderslautende Anträge aus der Ratsmitte ab. Als Sprecher der FDP-Fraktion hatte sich Alfred Mallepell zuvor für eine massvolle Anhebung des Wasserpreises um 14 Prozent ausgesprochen. Damit könnten die Reserven für das neue Seewasserwerk zwar etwas langsamer, aber dennoch in vertretbarer Weise gebildet werden, meinte er. Seitens der LdU/EVP-Fraktion war erfolglos versucht worden, einen Systemwechsel bei der Gebührentaxierung herbeizuführen. CVP, SP und Grüne votierten einhellig für die Erhöhung um 21,7 Prozent.

Mehr Transparenz beim Strompreis

Für Gesprächsstoff sorgte aber auch die ebenfalls im Januar bekanntgegebene Erhöhung des Stromtarifs um 6,5 Prozent. Stadtrat und Werksleitung begründeten diesen Schritt mit höheren

Energiebeschaffungskosten bei der Kraftwerke Sernf-Niederbach AG sowie mit wachsenden Kosten für die Verteilung und Abgabe des Stroms.

Gleichzeitig betonte der Stadtrat, bei der Revision der Stromtarife den vom Grossen Gemeinderat vorgegebenen Zielsetzungen im Sinne einer verstärkt verbrauchsabhängigen Gestaltung der Energiepreise sowie einer transparenteren Tarifstruktur Rechnung getragen zu haben. Als wesentliche Änderungen gelten die Einführung der saisonalen Tarifierung für Kleinbezüger sowie die bessere Abgeltung für Energie aus privaten Erzeugungsanlagen. Die saisonale Tarifierung soll den Bezüger die saisonalen Unterschiede in der Stromproduktion bewusst machen. Die neuen Tarifstrukturen sollen Anreize für einen sparsamen und rationellen Einsatz von Energie geben.

Erhöhung tiefer als erwartet

Nachdem sich Konsumentinnen und Konsumenten bereits auf eine Strompreiserhöhung im Rahmen der Teuerung (September '91–September '93 rund 7 Prozent) eingestellt hatten, war die Freude über eine Tarifkorrektur im März umso grösser. Wegen markant höherer Umsatzzahlen in den Monaten November und Dezember 1993 schloss die Stromrechnung weit besser ab als erwartet. Die Technischen Betriebe konnten daher ihre angekündigte Tarifierhöhung von 6,5 Prozent auf nunmehr 2,9 Prozent reduzieren. Statt die Tarifausgleichsreserve anzubrauchen, war jetzt sogar eine Einlage von rund 1,7 Millionen Franken möglich geworden.

Im Gemeinderat gaben die neuen Tarife gleichwohl noch einiges zu reden. Während seitens der FDP auf den Zusammenhang zwischen Energiepreisen und Standortentscheide der Industrie hingewiesen wurde, beklagten Vertreter der LdU/EVP-Fraktion, dass die Aufschläge vor allem die kleinen Konsumenten, Haushalte und Gewerbebetriebe, überdurchschnittlich hart trafen. Die CVP schliesslich drang mit ihrem Vorschlag zur Reduktion des ursprünglich auf 31 Prozent angesetzten Aufschlages für Winter-Nachtstrom auf 18 Prozent durch.

Werben für Stromverzicht

Dass ausgerechnet die Stromverkäufer zum Stromverzicht aufrufen, mag auf den ersten Blick paradox erscheinen. Zu verdanken ist dieser Appell aber dem neuen, 1993 vom Grossen Gemeinderat verabschiedeten Energiekonzept. Darin wurde sowohl der sparsame Umgang mit Energie allgemein sowie die Förderung erneuerbarer Energien festgeschrieben. Angestrebt wird vorerst eine Stabilisierung, mittelfristig aber

auch eine Reduktion des Energieverbrauchs. Um dies zu erreichen, möchten die Stadtwerke und namentlich auch der städtische Energiebeauftragte Johannes Schimmel den Strombezüger "aktive Beratung" zukommen lassen und Sparwilligen Möglichkeiten aufzeigen, wie Strom gespart werden kann. Ferner wird ein Energiefonds geöfnet, der sowohl Unternehmern als auch Privaten helfen soll, in ökologisch unbedenkliche und rationelle Energieanwendungen zu investieren. Dieser Fonds soll durch jährliche Einlagen in der Höhe von maximal zwei Prozent des budgetierten Ertrages aus dem Stromverkauf gespeist werden. Konkret gefördert werden Projekte wie Wärmedämmung an bestehenden Bauten, Ausmutzung alter energieverwendender Apparate oder die Installation von Biogasanlagen.

Schweizer Pionierleistung

Was unter umweltschonender Energiegewinnung zu verstehen ist, haben die St. Galler Stadtwerke gleich selber vorexerziert. In der Hochdruckstation Schellenacker, einer wichtigen Anlage des städtischen Gasnetzes, soll erstmals in der Schweiz eine sogenannte "Erdgasentspannungsanlage" installiert werden. Ziel dieses Vorhabens ist es, die Druckenergie sowie die Abwärme der Vorheizung via Generator zur Stromproduktion zu verwenden. Bisher liess man diese hochwertigen Energien ungenutzt verpuffen. Gemäss ersten Schätzungen könnten dank der neuen Anlage gegen zwei Millionen Kilowattstunden pro Jahr erzeugt werden. Diese Menge entspricht immerhin dem mittleren Strombedarf der Stadt von zwei Tagen.

Stromvorlagen zugestimmt

Um die Stromversorgung ging es auch bei zwei der drei städtischen Vorlagen im Februar. Dabei ging es einerseits um Kredite in der Höhe von gegen 85 Millionen Franken für die Spannungserhöhung auf dem innerstädtischen Verteilernetz, andererseits um den Bau eines EW-Unterwerkes an der Schochengasse. Die beiden Vorlagen waren im Vorfeld der Abstimmung nur wenig umstritten. Seitens der Grünen wurde der Bau eines neuen Unterwerkes abgelehnt. Neue Blockheizkraftwerke und ein vermutetes Stromsarpotential von 30 Prozent würden die Spitzenbelastung verringern und den Neubau unnötig machen, wurde argumentiert.

Bürgerinnen und Bürger sprachen sich in der Abstimmung deutlich für beide Vorlagen aus. Dem Ausbau des Verteilernetzes von 50'000 auf 110'000 Volt stimmten 15'666 gegen 4'328 Stimmberechtigte zu. Das EW-Unterwerk erhielt 15'348 gegen 4561 Stimmen.